

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

16. Ausgabe / 21. Jahrgang

Für Halle

05. Oktober 2011

Aus der Stadtratssitzung am 28. September 2011

Nach einer hitzigen, sehr emotional geführten und politisch brisanten Debatte stand das Ergebnis fest: Mit 28 Ja bei 20 Nein-Stimmen und 2 Enthaltung hat der Stadtrat für ein kostenloses Mittagessen für Kinder in Kindertagesstätten und den Klassen eins bis vier aus bedürftigen Familien (Hartz IV, Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld usw.) gestimmt. Der gemeinsame Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE. und der SPD-Stadtratsfraktion hat eine lange Geschichte. Ursprünglich gab es von jeweiligen Fraktionen Einzelanträge, die alle nicht mehrheitsfähig waren. Seit ca. einem halben Jahr gibt es nun diesen Antrag. Er durchlief die verschiedensten Fachausschüsse und sorgte auch dort schon für emotionsgeladene und unsachliche Auseinandersetzungen. Das Teilhabepaket des Bundes beinhaltet ein Mittagessen für bedürftige Kinder (s. o.) bis auf einen „Restbetrag“ von einem Euro, den die Eltern als Zuschuss bezahlen müssen. Bisher gab es durch den Halle-Pass auch einen Zuschuss für die Essensversorgung von 0,85 Euro. Ca. 7.000 Kindern kann nun ein „kostenloses“ Mittagessen gewährt werden. Unser Argument für diesen Antrag resultiert aus dem Wissen, dass selbst 1 Euro pro Mittagessen für betroffene Familien oftmals zu viel Geld ist, die Kinder nicht am Mittagessen teilnehmen und hungrig bleiben!

Die Oberbürgermeisterin hat in der Diskussion ausgeführt, dass der Antrag angesichts der Haushaltssi-

tuation zwingend abzulehnen sei. Sie führte aus, dass die Stadt Halle nicht „Ausfallbürge“ sein kann an Stellen, die vom Gesetz nicht rund sind. Andere Parteien argumentierten auf unterschiedlichste Art und Weise! So führte Frau Raab (FDP) aus, dass sie „Verständnis dafür hätte, dass Parteien Wahlkampfversprechen erfüllen müssen, aber nicht verstehe, warum solche Ideen aus hochverschuldeten Städten kommen müssen“.

Bodo Meerheim erklärte für die Fraktion, dass die Hartz-IV-Gesetze nach wie vor zu gering seien, um die Bedürfnisse von Kindern zu erfüllen. Auch wenn wir auf der lokalen Ebene daran nichts ändern können, haben wir die Pflicht, Bedürftigen hier zu helfen. Er warf Frau Raab Zynismus vor.

Zynisch reagiert auch Herr Bönisch (CDU): „Ich bin überwältigt von den Argumenten (und meinte die Argumente der einbringenden Fraktionen) und sprach von einem ‚unsäglichen‘ Antrag“. Die Diskussion wurde schließlich unsachlich, endete aber mit o. g. Ergebnis.

Abzuwarten bleibt jetzt, ob die Oberbürgermeisterin möglicherweise Widerspruch einlegt?!

Auch unser Antrag zur Durchsetzung der Barrierefreiheit fand nach fast einem Jahr Diskussion eine Mehrheit! Damit ist jetzt gesichert, dass bei Bauvorhaben spätestens ab der Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung) ein Nachweis über die barrierefreie Planung und Bauausführung beizufügen ist. Dieser Nachweis muss auch den Prozess von

Abwägungen enthalten. Das heißt, wenn z. B. der Denkmalschutz Kopfsteinpflaster für eine Straße vorsieht, Behindertenverbände aber diese Maßnahme als nicht machbar einschätzen, muss „abgewogen“ werden, wie der Konflikt zu lösen ist.

In der auch im Stadtrat verabschiedeten Vorlage zur Umgestaltung der nördlichen Großen Ulrichstraße wurde z. B. zu Gunsten der Behindertenfreundlichkeit entschieden!! Wir stimmten übrigens dieser Vorlage zu!

Unser Antrag zur Erstellung eines Personalberichtes wurde von der Oberbürgermeisterin in den Finanzsowie den Hauptausschuss verwiesen. Mit den von uns geforderten Inhalten des Berichtes erhoffen wir uns eine „gläserne“ Personalentwicklung, die am Bedarf orientierte Personalentwicklung ist!

Beschlossen wurde im Stadtrat ein Prüfantrag, die Betriebsferien im Eigenbetrieb Kindertagesstätten abzuschaffen.

Keine Mehrheit fand der Antrag der FDP, den Gestaltungsbeirat in der Stadt Halle abzuschaffen. Wir stimmten dem auch nicht zu!

Der Antrag zur Prüfung der Finanzierungsmöglichkeit einer Streetworker-Stelle wurde – auch mit unseren Stimmen – angenommen. Mit einer solchen Stelle könnten Suchtkranke im öffentlichen Raum (Freilufttrinker) unterstützt werden, indem ihnen Hilfe und Rat noch besser angeboten werden könnte.

Ute Haupt, Stadträtin

„Erst Essen, ... dann Arbeiten?!“

(fl) Unter diesem Slogan fand am 22.09.2011 zur 4. Woche des Grundeinkommens (19.-25.09.2011) in der Universität Halle eine Podiumsdiskussion statt.

Die Podiumsteilnehmer waren Ralf Engelke, Mitglied des SprecherInnenrates der BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE. und Sabine Dirlich, Mitglied der Landtagsfraktion DIE LINKE. in Sachsen-Anhalt, unter Moderation von Wolfgang Geuitjes.

Es ging, wie auch angekündigt wurde, um die Frage einer zukünftigen Sozialpolitik im Spannungsfeld des heutigen Prinzips „Fordern und Fördern“ oder biblisch „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, der derzeitigen Beschlusslage der Partei DIE LINKE. zu Änderungen des heutigen Sozialsystems und dem von Teilen der Linken geforderten bedingungslosen Grundeinkommens (bGE).

Dabei stellte Ralf Engelke das bGE vor und verteidigte dieses und Sabine Dirlich äußerte konstruktive Bedenken anhand wichtiger Punkte des Konzepts der BAG Grundeinkommen. Allerdings stellte sie ihrer Kritik voran, dass sie nicht so verstanden werden wolle, dass ihre Kritik dem sonst üblichen Vorurteil folge, dass durch das GE Menschen verleitet würden auf Kosten der Gesellschaft zu leben, da – nach ihrer Ansicht – dieses heute schon der Fall sei, jedoch nicht von den Einkommenschwachen, sondern eher von dem gegenteiligen Personenkreis. In der anschließenden Diskussion auch mit den Gästen wurde insbesondere die Frage der Wertschätzung der Arbeit, hier vor allem des Ehrenamtes und der Entlohnung der Erwerbsarbeit, kontrovers diskutiert.

Aber auch die Folgen für die Gleichberechtigung und -behandlung von Frauen, beispielsweise ob durch das GE die Männer ihre heutige Einstellung ändern oder nicht doch weitere Maßnahmen erforderlich sind und ob das GE nicht auch eine „Stilllegungs- oder Herdprämie“ bedeuten können, stellten ein großes Diskussionspotential dar.

Trotz des inhaltlichen Erfolgs muss konstatiert werden, dass – obgleich massiv Werbung betrieben wurde – gegenüber früheren bGE-Veranstaltungen nur insgesamt rund zwanzig Gäste gekommen waren. Allerdings waren die Mehrzahl davon bisher unbekannte Gesichter bei linken Veranstaltungen und gerade auch bGE-Veranstaltungen. Abschließend sei auch noch angemerkt, dass gerade bei der Diskussion viele zwar nicht unbedingt mit dem Podium, sondern mehr, allerdings in einer ruhigen und positiv-aktivierten Art, untereinander diskutierten. Dies könnte den Schluss zulassen, dass doch mehr Resonanz und vielleicht auch Sprengkraft die derzeitigen Sozialsystemzustände und eben auch des bGE-Thema haben.

Aus der 2. Reihe

Letzten Mittwoch war es mal wieder soweit, die Stadträte von Halle haben sich zu ihrer monatlichen Sitzung getroffen und ich hab diese aufmerksam im Zuschauerraum verfolgt.

Es begann mit der Einwohnerfragestunde, die auch diesmal wieder den Bürgern der Stadt zu Kritik, Fragen und auch Danksagungen vorbehalten war.

Nachdem jedem Anliegen gelauscht und nach bestem Wissen und Gewissen geantwortet wurde, bzw. Anregungen der Bürger mit in die Stadtverwaltung genommen wurden, um diese in die alltägliche Arbeit einfließen zu lassen, konnte die Fragestunde für beendet erklärt werden.

Die Tagesordnung wurde dann um einiges zusammengekürzt, so dass nach relativ schneller Abhandlung der Beschlussvorlagen direkt mit den Wiedervorlagen begonnen werden konnte. Prämisse dabei, die Beschlussvorlagen vollständig abzuhandeln bevor man und Frau in die wohlverdiente Pause gehen konnte.

Die Wiedervorlagen hielten einigen Zündstoff bereit, sind es doch schließlich Themen, die meistens nicht nur einmal in bisherigen Sitzungen und Ausschussberatungen aufgenommen wurden. Nachdem über die Durchsetzung der Barrierefreiheit (Antrag angenommen), Händelspiele „Alternativ“ (Antrag abgelehnt) und Betriebsferien Eigenbetrieb Kita (Antrag angenommen) diskutiert und abgestimmt wurde, kam es zum wohl umstrittensten Tagesordnungspunkt: Entlastung von den Kosten gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten sowie Grund- und Förderschulen.

Die Debatte wurde impulsiv geführt, so dass die Sachlichkeit manchmal auf der Strecke blieb.

Nach vielen, vielen Redebeiträgen vieler, vieler Stadträte hat der Vorsitzende dann resolut und ohne Duldung von Widerspruch zur Abstimmung gebeten. Es war spannend bis zur letzten ausgezählten Stimme...

Nun noch ein letztes:

Da unsere Oberbürgermeisterin, nach meinem Wissen ein Mitglied in der SPD ist, also vom Wesen her sozialdemokratisch sein sollte, ist ihr Abstimmungsverhalten mehr als fragwürdig gewesen. Eine Enthaltung ihrerseits hätte sie menschlich gemacht...

AKS

Hierin liegt eine große Chance die Teilhabe an Bildung und demokratischer Mitwirkung zu ermöglichen.



Rudenz Schramm

Rudenz, was ist Deine Motivation als Parteiloser mit dem Mandat der LINKEN als Stadtrat tätig zu sein?

Ich durfte erleben, wie das Problem „Steintor-Varieté“ im politischen Raum ab 1993 diskutiert wurde. Da habe ich festgestellt, das es zwingend zu einer Demokratie gehört, seinen Standpunkt deutlich zu formulieren, so das andere ihn auch verstehen können und das man durch Überzeugung Partner gewinnen muss, die diesen Standpunkt dann auch vertreten.

Du bist im Kultur- und Vergabeausschuss für die Fraktion tätig sowie als Vertreter im Eigenbetrieb „Zentrales Gebäudemanagement“.

Wo liegen derzeit Deine politischen Schwerpunkte?

Im Kulturausschuss kommt es mir darauf an, mit den weniger vorhandenen finanziellen Spielräumen attraktive Kulturerlebnisse allen Bürgern und hier meine ich auch alle anzubieten. Neben den Angeboten der Theater und Orchester, die eine große Rolle für die Stadt Halle spielen, kommt es zunehmend darauf an, soziokulturelle Erlebnis- und Gestaltungsbereiche zu fördern. Hierin liegt eine große Chance, die Teilhabe an Bildung und demokratischer Mitwirkung zu ermöglichen. Der Vergabeausschuss sichert die

den Richtlinien entsprechende Vergabe von ausgeschrieben Leistungen der Stadt.

Dies zu kontrollieren und zügig zu bestätigen, ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Im Eigenbetrieb „Zentrales Gebäudemanagement“ stehen wir seit geraumer Zeit vor der Aufgabe, bei überhaupt nicht ausreichender Finanzausstattung für die Erhaltung der städtischen Gebäude die Restrukturierung dieses Eigenbetriebes voranzutreiben.

Du bist inzwischen in der 2. Wahlperiode als Stadtrat für die Fraktion DIE LINKE. tätig.

Wie gelingt es Dir, diese ehrenamtliche Tätigkeit mit Deiner anspruchsvollen Aufgabe als Geschäftsführer der Händelhalle und des Steintor-Varietés

„unter einen Hut“ zu bekommen? Gibt es manchmal Interessenkonflikte?

Natürlich gibt es zeitliche Interessenkonflikte, da ein Teil der Arbeit als Geschäftsführer der Händelhalle und des Steintor-Varietés in die Freizeit fällt, die ja der politischen Arbeit als Stadtrat auch zur Verfügung steht. Inhaltliche Interessenkonflikte als Unternehmer im kulturellen Bereich kaum, weil es kaum Verflechtungen gibt.

Das Wissen um die Spezifik der Probleme und Bedürfnisse der Stadt Halle, der Bevölkerung der Stadt Halle hilft einem, bestimmte unternehmerische Fragestellungen nochmals unter einem anderen Blickwinkel zu betrachten.

Das Interview führte Ute Haupt

Sprechende Bibliothek

Am Freitagnachmittag durfte ich im Rahmen der Interkulturellen Woche an einem tollen Projekt teilnehmen, die „Sprechende Bibliothek“. Das Besondere daran, die Bücher sind keine Bücher im eigentlichen Sinne, sondern Menschen. Menschen, die einem in kurzer Zeit einen privaten und emotionalen Einblick in ihre Lebenswelt mit ihrer jeweiligen Kultur gegeben haben. Es war eine interessante Art der Kommunikation und des Austausches zwischen Migranten und Einheimischen.

In weniger als sechs Stunden habe ich so viel Neues über afrikanische, armenische, islamische und russlanddeutsche Kulturen gelernt, dass dieses Wissen dank der besonderen Art der Übermittlung lange in meinem Gedächtnis bleiben wird. Aber auch die Herzlichkeit, die den ganzen Abend zu spüren war, von allen Teilnehmern war außergewöhnlich. Integration bedeutet eben auch interkulturelle Dialoge zu führen und dabei den Respekt voreinander und das GEGENSEITIGE Kennenlernen in den Vordergrund zu stellen. Ich persönlich bin offener und neugieriger geworden, auf die vielen verschiedenen Kulturen die in Halle leben und unsere Stadt somit auch um einiges bereichern.

Ich hoffe auf mehr Projekte dieser Art und möchte mich bei dem Bündnis Migrantenorganisation Halle für diesen Abend bedanken. Ich wünsche dem Bündnis viele interessierte Mitmenschen, die einem gegenseitigen Kennenlernen offen gegenüberstehen.

AKS

Barrierefreiheit für kommunale Bauvorhaben sichern

– zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. für die Stadtratssitzung am 28.09.2011

Was lange währt, wird gut, sagt bekanntlich eine alte Redewendung! Wir sehen deshalb der Abstimmung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Durchsetzung der Barrierefreiheit im Stadtrat am 28.09.2011 optimistisch entgegen!

Mit Unterstützung der Stadtverwaltung, den Behindertenverbänden der Stadt Halle u.a. ist es gelungen, den Antrag so zu überarbeiten, dass er bereits vom Planungs- sowie Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss Zustimmung erfuhr. Im Antrag geht es insbesondere darum, bei kommunalen Bauvorhaben dezidiert in den Aufgabenstellungen die Anforderungen zum barrierefreien Planen und Bauen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention und

dem Behindertengleichstellungsgesetz LSA schriftlich zu fixieren. Spätestens ab der Leistungsphase 3 ist für Bauvorhaben ein aktenkundiger Nachweis über die barrierefreie Planung und Bauausführung den entsprechenden Vorlagen beizufügen, der auch den Prozess der Abwägungen enthalten muss, falls Belange von Menschen mit Behinderungen aus zwingenden Gründen nicht eingehalten werden können. Festgeschrieben wird auch, dass der Behindertenbeauftragte der Stadt Halle (Saale) oder die Behindertenverbände zur Vorstellung der barrierefreien Gestaltung des Bauprojektes eingeladen werden.

Wir erhoffen uns mit diesem Antrag mehr Transparenz bei Bau-

vorhaben.

Barrierefreies Bauen muss sich wandeln. Nicht vereinzelte Lösungsangebote stehen auf der Tagesordnung, sondern eine vorausschauende Planung, die für alle Menschen – auch im Hinblick auf den Wandel der Altersstruktur – an Bedeutung gewinnt. Bauliche Barrieren entstehen nicht mit Absicht, sondern oft fehlen Sachkenntnisse und das Wissen um die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen. Damit alle Menschen möglichst selbstbestimmt in Halle (Saale) leben können, werden wir um die positive Abstimmung des Antrages eintreten.

Ute Haupt

Sozial- und gesundheitspolitische Sprecherin

Nach dem Landesjugendtreffen ist vor dem Landesjugendtreffen

(robert fietzke)

80 linke Jugendliche und Junggebliebene GenossInnen, Mitglieder der Linksjugend [‘solid] und SympathisantInnen besuchten am Wochenende vom 02. bis zum 04. September das diesjährige Landesjugendtreffen der Linksjugend [‘solid] Sachsen-Anhalt. Einen grandiosen Auftakt bot der Berliner Rapper Tapete mit seinem Kompagnon Crying Wölf, bevor dann Party und Disko angesagt war. Nach reichlich kurzem Schlaf starteten wir dann in den vollgepackten ersten Workshop-Tag. Antirepressions- und Verknotungsübungen vor dem Mittagessen?

Wer auf dieses spannende Demo-Training keine Lust hatte, konnte

sich bei Michael Schulze von Glaßer informieren, wie die Bundeswehr unsere Schulen agitiert und dabei gnadenlos verschweigt, dass es sich bei diesem Job um einen tödlichen handelt.

linksjugend
[‘solid] 
Sachsen - Anhalt

Auch die Debatte zu unserem künftigen Parteiprogramm fand ihren Platz, als Referentin konnten wir hier die Linksjugend-Bundes-sprecherin Julia Range begrüßen. Nach dem Mittagessen diskutierten dann etwa 35 Interessierte zusammen mit den beiden Referenten Fabian Blunck und Peter

Ullrich, warum Israel immer noch DAS Streitthema unter Linken ist und was antisemitische Kritik von politischer Kritik unterscheidet. Während MdL Angelika Hunger zusammen mit Marco Böhme ein linkes Energiekonzept erläuterte, diskutierte Christian Quednow (verdi) über Gewerkschaften und ihre Rolle im 21. Jahrhundert. Urlaubs- und Badewillige nutzten derweil lieber das bombastische Sommerwetter und sprangen in den Muldestausee.

Das Vorabendprogramm gestalteten MdL Henriette Quade mit einem Workshop zum Thema „NPD draußen, alles gut? Rechts-extremismus in Sachsen-Anhalt, Kai B. mit einem sehr praxisbezogenen Workshop zur Problematik

„Gender und Sex(ismus)“ und Marcel Wiebach, der erläuterte, wie die „Revolution im Betrieb“ erfolgreich gemeistert werden könne.

Bei Ge grilltem wurde dann am Abend der Frage nachgegangen: „Quo vadis, Linke? Wohin geht die linke Bewegung?“. Auf dem Podium diskutierten unsere Landes sprecherin und SDS-Bundesvorstand Anne Geschonneck, der Bundessprecher der Linksjugend Florian, der Landessprecher der Grünen Jugend Vinzent Vogt und das attac-Mitglied Steffen Stierle, inwieweit mensch vom linken Spektrum überhaupt von einer „Bewegung“ sprechen kann, wie sich die gegenwärtigen Herausforderungen Linker ausgestalten und wie es um außerparlamentarische Möglichkeiten bestellt ist. Auch die Rolle der LINKE wurde kontrovers diskutiert, insbesondere im Zusammenhang mit der gegenwärtigen „Krise des Kapitalismus“.

Nach erneuter Party und noch weniger Schlaf ging es dann in den letzten Workshop teil. Hier bot MdL Jan Wagner wichtige Einblicke in die noch zu wenig thematisierte Netzpolitik, während Anne Geschonneck und Eva T. mit ihrem Workshop „Gruppenpraxis und organisierter Aktivismus“ eine kleine Anleitung boten, wie sich Ortsgruppen im Zwiespalt zwischen Zeit, Rahmenbedingungen, Aktivismus und inhaltlicher Fundierung besser strukturieren können, ohne dass dabei der Spaß auf der Strecke bleibt. Tilman Loos zeigte zeitgleich auf, warum „Verschwörungstheorien“ so gefährlich sind und aus welchen Gründen auch Linken nicht davor gefeit sind, sich in diesen zu verstricken, Stichwort:

9/11 – Inside Job.

Die Linksjugend [‘solid] Sachsen-Anhalt hat mit dem Landesjugendtreffen 2011 eine der größten bildungspolitischen Veranstaltungen im gesamten Landesverband gewuppt und gezeigt, dass Politik auch Spaß machen kann. Dieser Impuls ist wichtig für die weitere Arbeit des Jugendverbandes und ein Signal, dass es sich durchaus lohnt, die Jugendarbeit zu fördern. Der Jugendverband hat unter Beweis gestellt, dass er seine Rolle als politisierender und aktivierender

Faktor im Landesverband anerkennt und auszufüllen vermag. Die Mitgliederprobleme können langfristig nur mit einem starken und aktiven Jugendverband gelöst werden, der sich einmischt und einbringt, dem aber auch mit Akzeptanz und Kooperationsbereitschaft begegnet werden muss. Die Grundsteine für ein noch erfolgreicheres Wirken sind gelegt.

Nach dem Landesjugendtreffen ist vor dem Landesjugendtreffen – im nächsten Jahr noch größer, noch besser, noch krasser!

Mascha Kaléko

»Sie sprechen von mir nur leise«
Ein lyrisch-musikalisches Porträt

Samstag, 22.10.2011
um 20 Uhr
im Stadthaus Halle

Eintritt: 8,00 Euro
erm. 6,00 Euro

Im Rahmen der
16. Hallesche FrauenKulturTage

Veranstalter innen:
Dornrosa e. V.
Land Sachsen-Anhalt
Landesfrauenrat
Stadt Halle
Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen-Anhalt
Evangelische Frauen in Mitteldeutschland

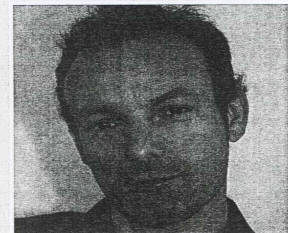
dtv
Mascha Kaléko
Die paar leuchtenden
Jahre



Schauspiel: Paula Quast



Musik: Henry Altman



Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de

Sven Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
29.09.2011

Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 13.10.2011

2. Tagung des 3. Landesparteitages 24./25. September 2011

Freiheit muss ein tragendes Moment demokratisch-sozialistischer Politik sein.

(mb) Die Überschrift war für mich eine der wesentlichsten Aussagen auf der 2. Tagung des 3. Landesparteitages. Matthias Höhn, dem wiedergewählten Landesvorsitzenden, gelang es damit, unsere programmatischen Ansätze in einem Satz zusammenzufassen. Birke Bull, auch wiedergewählt als stellvertretende Vorsitzende, brachte den Leitantrag unseres Landesvorstandes ein, der mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Auch der Änderungsantrag des Landesverbandes zum Programmentwurf erfuhr breite Unterstützung.



Wir hatten aber auch die Qual der Wahl: Sieben Wahlen standen an:

- > Der Landesvorsitzende (Matthias Höhn);
- > seine StellvertreterInnen (Birke Bull, Henriette Quade, und Andreas Höppner);
- > Landesgeschäftsführerin (Jenny Schulz);
- > Landesschatzmeister (Achim Bittrich);
- > Landesvorstand (Claudia Bluhm, Iris Gottschalk, Monika Hohmann, Elke Reinke, Petra Stamm-Hohmeier; Kay Grahmann, Frank Hoffmann, Ronald Maaß, Jörg Schindler, Marcel Wiebach);
- > Mitglieder im Bundesausschuss (Ute Haupt, Petra Weiher, Swen Knöchel, Martin Lehmann – als Ersatzmitglieder wurden Heide Schüler und Horst Brandner gewählt); Landesschiedskommission (Eva von Angern, Burga Richter, Lydia Roloff, Matthias Korwitz, Enrico Schild, Ralf-Peter Schmidt);
- > Landesfinanzrevisionskommission (Karin Meinecke, Annelie Roloff, Ingrid Ruddigkeit, Wolf-Rüdiger Gerboth, Ulrich Krimmling)

Weitere Informationen, Bilder und Reden findet ihr auf der Homepage des Landesverbandes:
<http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/>

Mit sechs Genossinnen und Genossen in den verschiedenen Gremien ist unser Stadtverband gut vertreten. Für den Landesvorstand kandidierten leider wieder zu wenige Frauen, gerade so viel, dass wir die Mindestquotierung einhalten konnten. Mehrfach wurde das Thema der Personalfindung für aktive Mitarbeit in Gremien und Parlamenten angesprochen. Hier ist der gesamte Landesverband aufgefordert, sich über effektive Arbeitsstrukturen, den Umgang miteinander und nicht zuletzt über politische Bildung Gedanken zu machen, um unsere Partei auch in dieser Beziehung attraktiver, sowohl nach innen als auch nach außen, zu machen.

Nicht unerwähnt möchte ich lassen, dass der Antrag des Stadtverbandes Halle (Saale):

„Nachdem die endgültige Fassung des neuen Parteiprogramms der Partei DIE LINKE vorliegt, sind professionell hergestellte barrierefreie Fassungen gemäß der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Auftrag zu geben.“

an die 2. Tagung des 2. Bundesparteitages, einstimmig durch den Landesparteitag unterstützt wurde.

Neuwahl der Seniorenvertretung

In diesem Jahr endet die vierjährige Wahlperiode des gegenwärtigen Seniorenrates und seines Vorstandes.

Am 10. November 2011 findet im Stadthaus die Neuwahl statt. Auch unsere Partei wurde gebeten, Vertreterinnen und Vertreter für diese Versammlung zu benennen. Ich bitte daher interessierte Genossinnen und Genossen, sich bis 20. Oktober 2011 beim Stadtverband zu melden.

Nachruf

Am 12. September 2011

verstarb der Genosse

Herbert Scharlo

im Alter von 82 Jahren.

Wir werden ihm eine ehrendes Gedenken bewahren.

Stadtverband Halle (Saale)

DIE LINKE kämpft für Frieden und mobilisiert gegen den Afghanistangipfel in Bonn

von **Christine Buchholz (MdB, friedenspolitische Sprecherin der Linksfraktion)**

Am 7.10.2011 jähren sich der Jahrestag des Afghanistankrieges und damit auch die deutsche Zustimmung zu diesem Krieg zum 10. Mal. Die Bundesregierung nimmt dieses traurige Jubiläum zum Anlass, um im Rahmen der internationalen Afghanistan Konferenz am 5.12. in Bonn, mit 90 Außenministerinnen und Außenminister und insgesamt 1000 Delegierten über das weitere Schicksal des Landes zu beraten. Dort sollen die Weichen für einen angeblichen Truppenabzug und eine neue »Friedensperspektive« gestellt werden. Gefeierte werden soll außerdem die Übergabe der »Verantwortung an die afghanische Regierung«. Doch hinter diesen Worthülsen verbirgt sich nicht mehr als eine große PR-Show der NATO-Länder. Die angekündigten Maßnahmen zur Afghanistan-Konferenz klingen gut, sind aber in doppelter Hinsicht Augenwischerei. So wird ein Truppenabzug bis zum Jahr 2014 verkündet, in Wahrheit will die NATO den Krieg bis 2014 ausweiten. Damit sind drei weitere Jahre Krieg und Zerstörung garantiert. Ab 2014 sollen laut NATO mindestens 50.000 ausländische Soldaten dort dauerhaft stationiert bleiben. Allein im aktuellen Haushaltsgesetz der USA sind für das Jahr 2014 750 Millionen Dollar für die Modernisierung, Ergänzung und Verfestigung der militärischen Infrastruktur der US-Armee vorgesehen.

Laut Bundesregierung wird eine »Übergabe« an die afghanische Armee, die »keinen Abzug« bedeute, nur stattfinden, »wenn es die Sicherheitslage erlaubt«, so Bundesaußenminister Westerwelle. Aber die Sicherheitslage verschlechtert sich permanent, gerade weil die NATO Krieg in Afghanistan führt. Wenn jetzt von der Übergabe gesprochen wird und der Eindruck eines beginnenden Abzugs suggeriert wird, ist das eine Beruhigungsspiel für die Bevölkerung in Deutschland, die den Krieg mehrheitlich ablehnt. Perspektivisch sollen die afghanische Armee und die Polizei für »Sicherheit« sorgen. Doch diese Sicherheitskräfte sind vielmehr eine Bedrohung für die Zivilbevölkerung. Die NGO Oxfam hat hierzu eine Studie veröffentlicht. Ergebnis: Afghanische Sicherheitskräfte sind verantwortlich für zahlreiche Übergriffe auf

Schluss mit dem Krieg in Afghanistan - Aktionstag zu 10 Jahren Krieg in Afghanistan

Vor 10 Jahren begann der Krieg der NATO in Afghanistan. Jahr für Jahr wurden mehr Truppen nach Afghanistan geschickt. Jahr für Jahr hat sich der Umfang der Kriegshandlungen, Anschläge und Toten erhöht. Jahr für Jahr gibt die US-Regierung 100 Milliarden Dollar aus und die Bundesregierung wird bis 2014 mindestens 36 Milliarden Euro für den Afghanistankrieg ausgegeben haben. Mit diesem Geld ließen sich ganze Länder aus Hunger, Not und Elend befreien.

Aus diesem Anlass lädt DIE LINKE ein zum Aktionstag -

Datum: 7. Oktober 2011

Ort: Halle, Marktplatz

Uhrzeit: 10 - 12 Uhr

DIE LINKE fordert:

Bundeswehr und NATO raus aus Afghanistan!

Kein Geld für Waffen, sondern für zivile Aufbauprojekte!

Solidarität mit den zivilgesellschaftlichen Bewegungen in Afghanistan, die sich für Frieden, Selbstbestimmung und Wiederaufbau einsetzen!

die Zivilbevölkerung, einschließlich Folter, willkürlichen Tötungen sowie Rekrutierung von Kindern. Mehrere zehntausend Polizisten sind ohne jegliche Ausbildung eingestellt worden. Die NATO will zum einen den Fuß in der Tür in dem geostrategisch wichtigen Afghanistan halten und zum anderen um jeden Preis eine militärische Niederlage in Afghanistan vermeiden, weil das ihre Möglichkeit einschränken würde, weltweit ihre Interessen zu verfolgen. NATO und Bundeswehr in Afghanistan sind Teil des Problems, ein wirklicher Abzug ist die einzige richtige Antwort. Die deutsche Friedensbewegung nimmt daher die Afghanistan Konferenz zum Anlass, um die kriegsführenden Staaten mit dem wahren Gesicht des Krieges zu konfrontieren. Im Rahmen einer bundesweiten Demonstration am 3.12. in Bonn und einem internationalen Gegengipfel am 4.12. soll ein starkes Zeichen für den Frieden und einen Abzug der Truppen gesetzt werden. Im Vorfeld wollen wir durch flächendeckende Veranstaltungen in den Kreisverbänden und einem bundesweiten, dezentralen Aktionstag am 7./8.10. den Grundstein für eine erfolgreiche Mobilisierung durch DIE LINKE legen. Du hast Lust dich an der Kampagne der Linken und der Mobilisierung zu beteiligen? Auf der Themenseite www.die-linke.de/afghanistan/ findest du Materialien.

Kontakt: tim.herudek@dielinke.de